



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 11068 | 28. WOCHEN | 38. JAHRGANG

MITTWOCH, 13. JULI 2016 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



LAND WEG China verliert Rechtsstreit gegen Philippinen ▶ SEITE 4, 12

DATEN WEG Die neue Vereinbarung zwischen EU und USA ▶ SEITE 2, 12

LEUTE DA Hilfe für Geflüchtete: Projekt auf Lesbos ▶ SEITE 5

BERLIN Wucherpreise für Geflüchtete: Der Wohnungsschwarzmarkt ▶ SEITE 21

Foto oben: ap

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten möchte Sie nur kurz darüber informieren, dass es jetzt endlich die Konsequenzen zieht, weil es durch unfassbare Blödsinnigkeit die gesamte taz, das alte Rudi-Dutschke-Haus und den taz-Neubau in Gefahr gebracht hat. *verboten* reicht deshalb mit sofortiger Wirkung seinen Rücktritt ein. Ab Mittwoch wird an dieser Stelle jemand anderes schreiben.

Dubduu duuu duuu.

Right.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 16.062 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90 fax 030 | 251 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 **tazshop:** 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz@taz.de www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune




Bundeswehr
Wir. Dienen. Deutschland.

BUNDESWEHR Ausländer rein: In ihrem neuen Weißbuch erwägt die Regierung erstmals, auch Bürger aus anderen EU-Ländern für die deutsche Armee zu rekrutieren. Denn Ministerin von der Leyen braucht mehr Personal für mehr Einsätze

Neue Zielgruppe für die Bundeswehr-Personalabteilung: Warteschlange vor einem Arbeitsamt in Athen Foto: Kostas Tsironis/Getty Images

BERLIN taz | Die Bundesregierung denkt über die Öffnung der Bundeswehr für Rekruten aus anderen EU-Staaten nach. Das geht aus dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik hervor, das der taz vorliegt und das das Ka-

binett voraussichtlich am Mittwoch beschließen wird. Die Öffnung der Bundeswehr für Bürgerinnen und Bürger der EU böte „ein weitreichendes Integrations- und Regenerationspotenzial für die personelle Re-

busheit der Bundeswehr“, heißt es in dem Entwurf.

Das Dokument entstand unter Federführung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und ist mit den SPD-geführten Ministerien ab-

gestimmt. Es löst das bisher gültige Weißbuch aus dem Jahr 2006 ab und legt die sicherheitspolitischen Leitlinien der Bundesregierung für die nächsten Jahre fest. In dem Papier kündigt die Regierung an, dass die

Bundeswehr in Auslandseinsätzen häufiger Führungsaufgaben übernehmen werde. Dies entspreche der „zunehmenden internationalen Verantwortung unseres Landes“.

LÖW/TS
▶ **Schwerpunkt SEITE 3**

KOMMENTAR VON MARTIN REEH ZUM NEUEN WEISSBUCH DER BUNDESWEHR

Unsere Fremdenlegion

Vielleicht muss man die Chuzpe bewundern, mit der die deutsche Bundesregierung auch im neunten Jahr der Eurokrise noch ihre nationale Interessenpolitik zulasten Südeuropas als Beitrag zur europäischen Einheit zu verkaufen sucht. Ein Anschauungsobjekt dafür liefert nun das Weißbuch der Bundeswehr, nach dem künftig auch Bürger anderer EU-Staaten für die deutsche Armee kämpfen sollen. Dies sei, so heißt es darin, „ein starkes Signal für die europäische Perspektive“. Diese Sichtweise hat Deutschland, wie so oft in Europa, ganz exklusiv.

Vor einem Jahr zwang die Bundesregierung Griechenland zur Kapitulation

vor der deutschen Austeritätspolitik. Eine ökonomische Perspektive für Griechenland gibt es seitdem nicht mehr. Stattdessen bietet Deutschland zynische Trostpflaster mit Eigennutz: Vor zwei Wochen kam Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorbei und versprach Athen ein paar Solaranlagen deutscher Firmen, für die es hierzulande keinen Abnehmer mehr gibt.

Gestern leiteten die EU-Finanzminister unter starkem Druck vonseiten Wolfgang Schäubles ein Defizitverfahren gegen Spanien und Portugal ein. Beide Staaten hatten sich nicht an das deutsche Dogma, in Krisenzeiten die Staatsausgaben einzuschränken, gehalten. Ihre Wirt-

schaft kam zaghaft wieder in Schwung. Wird die Konjunktur wieder abgewürgt, dürfte der Exodus junger Spanier und Portugiesen zur Freude deutscher Unternehmen nach Deutschland wieder zunehmen.

Zukünftig, so die Botschaft aus dem Verteidigungsministerium, können sie aber auch für die Bundeswehr kämpfen. Die Freiheit Deutschlands würde

zukünftig von Arbeitslosen aus Madrid und Athen am Hindukusch verteidigt werden. Die letzte Hoffnung von Opfern der deutschen Politik in der Eurokrise heißt: riskieren, für Deutschland zu sterben. Das mag aus Sicht der Bundeswehr, die Nachwuchsprobleme hat, verständlich sein. Aber es ist einmal mehr deutscher Zynismus.

In Deutschland aber glauben sie ihre PR-Sätze, mit denen das Verteidigungsministerium den deutschen Eigennutz als „europäische Perspektive“ verkauft, wirklich. Schäubles harte Haltung in der Defizitfrage und das Weißbuch zeigen: Es ist kein Ende der deutschen Politik, die Europa schadet, in Sicht.

Deutschland bietet Südeuropa zynische Trostpflaster mit Eigennutz

